Preis 20 Pfg.

Amtliches Mitteilungsblatt

des Stadt- und Landkreises Bielefeld

Herausgegeben mit Genehmigung der Militärregierung unter NRW / Pric / Press / 43 vom 23. Dezember 1946.

Nr. 1/2 | Bielefeld, 5. April 1947 | Erscheint sonnabends

Landrat Baurichter

Warum Ernährungs-Beauftragter?

Nachdem in der vergangenen Woche die Arbeitseinstellungen infolge der Ernährungskrise einen größeren Umfang auch im Bezirk Bielefeld angenommen hatten, fand am Freitag, dem 28. März, eine Sitzung im Rathaus statt. Außer Oberst Reeve von der Militär-Regierung und Regierungs-Präsident Dr. Zenz nahmen daran Landrat Baurichter, stellvertretender Oberbürgermeister Landmeyer, Kreisbauernvorsteher Jürging, die Mitglieder der Haupt-Ausschüsse der Stadt- und Kreis-Vertretung, Vertreter der Gewerkschaften und andere teil. Es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Durch die unzureichenden Lebensmittel-Rationen ist im Bezirk Bielefeld ein übergesetzlicher Notstand eingetreten. Die Vertretungen des Stadt- und Landkreises Bielefeld bestellen daher einen Sonderbeauftragten, der vorübergehend — zunächst für den Monat April — beauftragt wird, alle zur Beseitigung dieses Notstandes erforderlichen Maßnahmen zu bestimmen und durchzuführen. Er hat hierüber in Abständen von zehn Tagen den Stadt- und Landkreis-Vertretungen zu berichten, die über die Aufhebung oder Verlängerung der erteilten Vollmachten rechtzeitig vor dem 30. April Beschluß fassen werden."

Dem übereinstimmenden Wunsch der Parteien und Gewerkschaften entsprechend habe ich den undankbaren Auftrag übernommen, die in dieser Situation örtlich möglichen und erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Wer die Lage nüchtern und illusionslos sieht, muß klar erkennen, daß der eingetretene Notstand weder örtliche Ursachen hat, noch allein durch örtliche Maßnahmen überwunden werden kann. Es wäre streng genommen richtiger gewesen, nicht einen Beauftragten für Ernährung zu bestellen, sondern ihn als das zu bezeichnen, was er in Wirklichkeit ist: nämlich ein Beauftragter für Unterernährung.

Nach dem Kalorien-Betrug der letzten Monate hat die Bevölkerung ein Recht darauf,

die volle Wahrheit über die Ernährungs-Lage

zu erfahren. Es hat keinen Zweck, Beruhigungsreden zu halten und Beruhigungs-Artikel zu schreiben, wenn deren Inhalt durch jeden Besuch beim Schlachter und Bäcker dementiert wird. Die Wahrheit ist, daß in Bielefeld statt der versprochenen 1550 Kalorien in der 99. Zuteilungs-Periode nur 979 Kalorien geliefert wurden, während der Normalverbraucher, der keine Zusatzkarten bekommt, in der laufenden 100. Zuteilungs-Periode nur 854 Kalorien erhält. Die fehlenden fast 700 Kalorien erinnern in fataler Weise an das Dritte Reich: es sind "Horst-Wessel-Kalorien", die im Geiste mitmarschieren!!

Die Verantwortung für diesen Zusammenbruch

in der Ernährungswirtschaft tragen auf keinen Fall die örtlichen deutschen Behörden. Auch die zentralen deutschen Ernährungs-Aemter in Hamburg und neuerdings in Stuttgart kann man weniger für die Zustände selbst verantwortlich machen, als vielmehr dafür, daß sie den Zweckoptimismus und die Schönfärberei gewisser ausländischer Kreise in leichtfertiger Weise unterstützt haben. Dadurch ist vor allem im Auslande teilweise eine Beurteilung der deutschen Ernährungslage entstanden, die mit den Tatsachen in keiner Weise übereinstimmt.

Mag im übrigen die formale Verantwortung liegen, wo sie will: Tatsächlich ist unsere Ernährung nach dem Verlust der östlichen Ueberschußprovinzen weitgehendst vom Ausland abhängig; in der Brotversorgung der nächsten Monate sind wir ausschließlich auf Lieferungen von draußen angewiesen. Wieviel Schiffe abgehen und was sie laden, darüber bestimmen aber nicht deutsche Behörden, vermutlich nicht einmal ausländische Stellen in Deutschland, sondern das wird in Washington, New York, vielleicht auch in London entschieden.

Wenn es

eine Planung

gegeben hätte, dann hätte diese berücksichtigen müssen,

1. daß nicht genügend ausländischer Weizen zur Verfügung stand, um das Defizit der deutschen Ernährungs-Bilanz zu decken.

2. daß eine Streckung der Weizen-Lieferungen durch Mais erforderlich war.

Das „Amtliche Mitteilungsblatt" wird in Zukunft wöchentlich sonnabends erscheinen. Es dient der Aufnahme aller amtlichen Anzeigen der Stadt und des Landkreises Bielefeld. Darüber hinaus soll es Gelegenheit geben, die Bevölkerung über die wichtigsten Vorgänge aus dem kommunalpolitischen Leben, insbesondere über die Verhandlungen der Vertretungen zu informieren. Anregungen der Bevölkerung werden dabei gern berücksichtigt werden.

Es wird notwendig sein, das „Mitteilungsblatt" zum Preise von 10 Pfg. zu verkaufen, da eine unentgeltliche Abgabe eine zu große Belastung für die Verwaltungen bedeuten würde. Wir hoffen, daß trotzdem das „Amtliche Mitteilungsblatt" bei der Bevölkerung das große Interesse finden wird, das es in früherer Zeit gehabt hat.

Da das „Amtliche Mitteilungsblatt" nur in einer sehr beschränkten Auflage erscheint, bitten wir alle Leser, es an andere Interessierte weiterzugeben.

Landrat Baurichter:

Dem neuen „Amtlichen Mitteilungsblatt" zum Gruß!

Es war nicht demokratisch, daß seit dem Verbot des „Amtlichen Mitteilungsblattes" im vergangenen Jahr die Arbeit der gemeindlichen Selbstverwaltung weitgehend unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geleistet werden mußte. Denn Demokratie verlangt Publizität, wenn sie funktionieren soll. Sie kann auf einen Wahlkampf, in dessen Auswirkungen Ladenfenster und Häuserwände verklebt und verschmiert werden, verzichten, aber sie braucht eine Presse als Mittel, um das Interesse an der Selbstregierung und Selbstverwaltung zu wecken und wach zu halten, um durch die sachliche Wiedergabe des Für und Wider der Debatten, die einer Beschlußfassung vorausgehen, den politischen Sinn zu schulen und durch ausreichende Informationen die politische Urteils- und Willensbildung zu ermöglichen.

Unsere politische Erziehung ist vor 1933 unzulänglich gewesen; sie war danach bis 1945 einseitig im Sinne einer uniformen Schulung durch und für die NSDAP. Mit diesen nationalsozialistisch geschulten Anhängern des Führer-Prinzips und der Diktatur soll heute demokratische Politik gemacht werden. Viele von ihnen beurteilen Hitler nicht nach den zwei Jahren seines Zusammenbruchs nach Stalingrad, sondern nach den vorausgegangenen zehn Jahren seiner erfolgreichen Macht- und Herrenvolk-Politik. Sie sehen nicht, oder wollen nicht sehen, daß zwar am Anfang Hitlers die Beseitigung der Arbeitslosigkeit stand, daß aber am Ende seines Weges Kriegsgefangenschaft und Massengräber stehen, in denen das Millionen-Heer der Arbeitslosen verschwunden ist. Wofür viele gestern, als es erfolgreich schien, dem „Führer" dankten, dafür möchten sie heute, nachdem es gescheitert ist, die Demokratie verantwortlich machen.

Die politische Verdunkelung des Dritten Reiches ist anscheinend noch nicht aufgehoben worden.

Deshalb brauchen wir Zeitungen als Mittel der politischen Erziehung. Deshalb haben auch die Vertretungen des Stadt- und Landkreises immer wieder gefordert, das Verbot des „Amtlichen Mitteilungsblattes" aufzuheben, weil dieses unentbehrlich ist, um die Oeffentlichkeit über die gründliche und verantwortungsvolle, sachliche und erfolgreiche Arbeit der kommunalen Vertretung und Verwaltung zu unterrichten. Ich begrüße es daher, daß durch die nunmehr zuständigen deutschen Stellen das Wiedererscheinen des Amtlichen Mitteilungsblattes, wenn auch infolge des Papiermangels vorläufig in verkleinertem Umfange, erlaubt worden ist. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung das neue Mitteilungsblatt ebenfalls mit Interesse aufnehmen und ebenso gern lesen wird wie das frühere „Amtliche Mitteilungsblatt", das seinen politischen Aufklärungs- und Bildungszweck voll erfüllt hat.

3. daß Mais allein nicht verbacken werden kann,

4. daß also in angemessenem Verhältnis gleichzeitig Weizen und Mais nach Deutschland verschifft werden mußten.

5. daß zur Vermeidung von Krisen infolge Transportstörungen, z. B. durch Streiks, Einfrieren der Wasserwege usw. gewisse Reserven gebildet und Vorratsläger geschaffen werden mußten.

Nichts von alledem ist geschehen, obwohl rechtzeitig und wiederholt von allen verantwortlichen Stellen darauf aufmerksam gemacht wurde! Wir haben zunächst nur Weizen erhalten und daraus zeitweilig schneeweißes friedensmäßiges Brot gebacken. Dann sind Schiffe ausgefallen oder verspätet angekommen. Dadurch entstanden die ersten Störungen in der Brotversorgung. Anfang dieses Jahres kam die Kälteperiode. Die Wasserwege froren zu, Lokomotiven und Waggons fielen aus; die für unseren Bezirk erforderlichen Getreidemengen mußten mit Lastzügen aus den Seehäfen herangeschafft werden. Dazu waren täglich rund 20 Lastkraftwagen bei einem durchschnittlichen Brotgetreidebedarf von 70 bis 80 Tagestonnen erforderlich. Von den Fernfahrern wurde Uebermenschliches verlangt und geleistet. Anfangs saßen sie im Schnee fest, später im Hochwasser. Treibstoff- und reifenmäßig mußte ein hoher Preis für diese Transporte gezahlt werden. Die Organisation war sehr schwierig, zumal die Anlandungen unregelmäßig und in unzureichenden Mengen erfolgten, so daß Tag für Tag ein

nervenaufreibender Kampf um die laufende Freigabe von Getreide oder Mehl

für den Bezirk geführt werden mußte: mit den Behörden in Düsseldorf und Unna, mit den Groß-Verteilern des Handels, den Mühlen usw. Inzwischen hat die Reichsbahn die Anfuhr wieder selbst übernehmen können. Dadurch ist transportmäßig eine große Entlastung eingetreten. Wir haben vorläufig aber keinerlei Reserven, sondern im Gegenteil erhebliche Rückstände und begrüßen daher jeden ankommenden Getreidezug mit einer Ungeduld, als wären es nahe Verwandte aus Amerika persönlich, die wir am Bahnhof abholten.

Man versichert uns — und bei aller Skepsis erscheint dieses glaubhaft, obwohl ein Plan oder eine Uebersicht über die Verschiffungen anscheinend an keiner Stelle vorliegt — daß vorläufig mit ausreichenden Lieferungen gerechnet werden kann. Auch wenn das stimmt, geht aber die Rechnung nur mengenmäßig auf, nicht jedoch sortenmäßig. Denn die Schiffe haben fast ausschließlich Mais geladen, der übrigens auf dem Weltmarkt erheblich billiger ist als Weizen, was auf die Bereitstellungen drüben nicht ohne Einfluß sein dürfte.

Wir stehen also vor der Aufgabe, ein Brot zu backen, für das aus der laufenden Einfuhr fast ausschließlich Maismehl zur Verfügung steht. Abgesehen von der schlechten Verdaulichkeit und von Geschmacksgründen ist die Möglichkeit, ein Maisbrot ohne Beimischung anderer Mehlsorten herzustellen, backtechnisch kaum gegeben. Vielleicht werden wir durch die Verhältnisse in Kürze auch dazu gezwungen werden. Im Augenblick ist es aber unsere vordringlichste Aufgabe, dafür zu sorgen, daß alles Brotgetreide, das irgendwie greifbar ist, als Beimischung zum Mais für die Brotherstellung sichergestellt wird.

Hier setzt nun

die Tätigkeit des örtlichen Beauftragten

ein. Seine Aufgabe ist es, Mais und Brotgetreide, soweit vorhanden, zusammenzubringen. Ich habe zu diesem Zweck folgendes veranlaßt:

1. Ein Posten von 30 Tonnen Weizen, der für die Konditoren-Innung zur Herstellung von Dauer-Backwaren bestimmt war, wurde beschlagnahmt und den Bäckereien für die Brotherstellung zugeleitet.

2. Die aufgerufene Verteilung von 250 Gramm ausländischem Weizenmehl auf Nährmittelmarken wurde mit Zustimmung eines Sachverständigen-Ausschusses im Bezirk Bielefeld nicht durchgeführt, weil sie zwar einzelnen Haushalten ermöglicht hätte, einen Osterkuchen zu backen, die Herstellung von Brot zu den Feiertagen aber dadurch gefährdet worden wäre. Es mußte daher, als nicht Brot und Kuchen, sondern entweder Brot oder Kuchen zur Wahl stand, nach dem Grundsatz gehandelt werden: lieber ein großes Brot als ein kleiner Kuchen!

Soweit der Bezug von Mehl gewünscht wird, können anstelle von je 1000 Gramm Brot 750 Gramm Maismehl abgegeben werden. Das bedeutet insofern eine erwünschte Verbesserung unserer Mehl-Bilanz, als bei Abgabe von Maismehl statt Brot die Beimischung wegfällt und entsprechende Mengen Weizen- oder Roggenmehl eingespart werden.*)

3. Soweit Bauern kleine Mengen Brotgetreide entgegen den Vorschriften nicht abgeliefert haben, sind sie aufgefordert worden, diese gegen entsprechende Mengen Mais umzutauschen. Der Kreis- und die Ortsbauernvorsteher haben es auf meinen Wunsch übernommen, diese Umtausch-Aktion durchzuführen, ohne daß denjenigen, die sich an dieser für die Brotversorgung wichtigen Aktion beteiligen, daraus irgendwelche Nachteile entstehen.

4. Die Herstellung von Feinbackwaren ist vorübergehend verboten worden; desgleichen die Herstellung von Brötchen aus reinem Weizenmehl. Für alle Backwaren wurde eine Beimischung von 70 Prozent Maismehl vorgeschrieben, um die geringen vorhandenen oder zu erwartenden Mengen an sonstigem Mehl so lange wie möglich zu strecken.

Alle diese Maßnahmen dienen nur einem einzigen Ziel: die Schlangen vor den Bäckerläden zu beseitigen und die Brotversorgung nicht nur für zwei oder drei Tage, sondern wenigstens für die nächsten Wochen sicherzustellen, soweit das auf Grund örtlicher Eingriffe möglich ist.

Ich rechne hierbei auf die einsichtsvolle Unterstützung der gesamten Bevölkerung, insbesondere der Hausfrauen und der in erster Linie beteiligten Gewerbetreibenden. Es handelt sich teilweise um unbequeme Notmaßnahmen, die hoffentlich nach kurzer Uebergangszeit wieder entbehrlich werden.

Mein Auftrag ist vorläufig bis zum 30. April begrenzt. Er beschränkt sich nicht auf Brot; die Versorgung hiermit ist aber am dringlichsten und bis zu einem gewissen Grade durch örtliche Maßnahmen erreichbar. Es muß allerdings verlangt werden, daß die verfügbaren Brotgetreidemengen von zentraler Stelle gleichmäßig und gerecht verteilt werden. Die örtlich angeordneten Beimischungsvorschriften, Backverbote und -beschränkungen sollten daher einheitlich für die ganze britische Besatzungszone vorgeschrieben werden, damit nicht zweierlei Brot gebacken wird und die Industriekreise dauernd in der Ernährung schlechter gestellt bleiben.

Auch hinsichtlich der übrigen Lebensmittel wird alles getan werden, was auf lokaler Ebene möglich ist, um die Versorgung zu verbessern. Es kommt darauf an, alle Kräfte hierfür zu aktivieren und zu diesem Zweck

alle örtlichen Zuständigkeiten in einer Hand zusammenzufassen.

Wenn die Bevölkerung hungernd vor den Brotläden Schlange steht, dürfen nicht, wie es geschehen ist, 30 to Mehl statt ausgefahren zu werden, von Samstag bis Montag liegen bleiben, weil Sonnabends nicht gearbeitet wird. Ebensowenig dürfen Rundschreiben mit eiligen Mitteilungen über die Lebensmittelversorgung bis zum nächsten Tag zurückgehalten werden, weil um 5 Uhr Büroschluß ist und sie deshalb nicht mehr geschrieben und versandt werden können. Diese Gemütlichkeit können wir in einigen Jahren, wenn friedensmäßige Zustände herrschen sollten, wieder einführen. Im Augenblick muß schnell gehandelt werden: unbürokratisch, ohne Kompetenz-Streitigkeiten und — wenn es sein muß — ohne über juristische Zwirnsfäden zu stolpern. Wenn es erforderlich ist, wird

vor Geschäftsschließungen und anderen Strafen nicht zurückgeschreckt

werden. Ich habe jedoch das feste Vertrauen, daß es nur dieses Appells bedarf und die Aufklärung über die krisenhafte Situation alle Beteiligten zu der Einsicht bringen wird, daß vorübergehend außerordentliche Maßnahmen nötig sind, um einen vollständigen Zusammenbruch unserer Lebensmittelversorgung und damit den Eintritt absoluter Rechtsunsicherheit und chaotischer Zustände zu verhindern.

---

*) Einige von der Landwirtschaftlichen Schule erprobte Mais-Rezepte werden an anderer Stelle dieses Mitteilungsblattes bekanntgegeben.

Sitzung des Kreistages

Teilnahme einer Delegation streikender Betriebe. — Beschlüsse zur Ernährungskrise. Der Landrat einstimmig als Sonderbeauftragter bestätigt.

Zu Beginn der Kreistags-Sitzung am 3. April 1947 wurde eine Delegation der Brackweder Betriebe, welche in der vorigen Woche wegen der unzureichenden Versorgung mit Nahrungsmitteln in den Streik getreten waren, empfangen. Abordnungen folgender Betriebe waren erschienen: Ruhrstahl, Rabeneick, Kammerich, Baumgarte, Graphia, Möller, Maier, Tweer, Schwarze.

Der Sprecher der Delegation,

Betriebsrats-Vorsitzender Müller der Firma Ruhrstahl, gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Delegation Gelegenheit gegeben wurde, vor dem Kreistag sprechen zu können. Er führte aus, daß die Niederlegung der Arbeit nicht verabredet wurde, sondern spontan durch die Arbeiterschaft erfolgte. Mit den Lebensmittelrationen konnte die Arbeiterschaft ihrer Arbeit nicht nachgehen. Wenn sie zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßt werden konnte, so sei das nicht bedingungslos geschehen. Herr Müller wies auf den Ernst der Lage hin und erklärte, daß die Arbeiterschaft die Arbeit wieder niederlegen müßte, falls nicht eine Besserung in aller Kürze eintritt. Die Betriebsräte lehnten dann die Verantwortung ab und würden die Kollegen nicht bei der Arbeit halten können. Die meisten Brackweder Betriebe gehörten der Schwerindustrie an, in der die Arbeiter unter den schwersten Bedingungen ihrer Tätigkeit nachgehen. Infolgedessen seien die Verhältnisse in Brackwede auch nicht mit denjenigen der Bielefelder Betriebe zu vergleichen. Herr Müller forderte, daß die gebildeten

Kontrollausschüsse mit Exekutivgewalt

ausgestattet werden, damit sie in der Lage seien, sofort Maßnahmen zur Beseitigung der Mißstände zu ergreifen. Herr Müller führte dann noch aus, daß die Delegation nicht in tendenziöser Absicht vor dem Kreistag erscheine, sondern nur zu dem Zwecke, die bittere Lage zu schildern.

Nachdem der Sprecher Fragen der Abgeordneten Deppermann und Geneptzky beantwortet hatte, dankte der Landrat der Delegation und forderte sie auf, an der Sitzung weiterhin teilzunehmen, in deren Verlauf Ernährungsfragen erörtert würden. Der Landrat gab dann einen Bericht über seine Aufgaben und vorläufigen

Maßnahmen als Ernährungs-Beauftragter,

der an anderer Stelle dieses Blattes abgedruckt ist.

Zum Ernährungsproblem nahm darauf der Abgeordnete Deppermann das Wort und erklärte, daß die deutschen Stellen an diesem Notstand nicht die Verantwortung tragen, der überörtlich sei und sich nicht auf den Landkreis Bielefeld beschränke. Den Grund für den Notstand erblickt Abg. Deppermann in dem Ausscheiden der Ostgebiete für die Ver-

Die Ernährungslage in Bielefeld

Sitzung der Bielefelder Stadtvertretung vom 2. April

Die Ratsherrensitzung am 2. April wurde mit der Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung eingeleitet. Das Protokoll wurde einstimmig genehmigt und darauf die Tagesordnung wie folgt erledigt:

Mitteilungen

Oberbürgermeister Ladebeck: In dem Protokoll war die Rede von dem Antrag des Ratsherrn Will betreffs Wohnungsbeschlagnahme. Die erste Teilantwort der Mil.-Reg. ist inzwischen eingegangen, und zwar teilt die hiesige Mil.-Reg. mit, daß ein Schreiben des Hauptquartiers Minden vom 18. März vorliegt, in dem es u. a. heißt: „Wo es irgendwie möglich ist, sollte es den Deutschen gestattet sein, sämtliche Möbel mitzunehmen. Die Versorgung mit Möbeln für Familien-Quartiere ist eine Angelegenheit, für die das Militär verantwortlich ist." Diese Mitteilung dürfte zeigen, daß sich die höheren englischen Stellen mit dem Problem der Herausnahme von Möbeln beschäftigen. Eine weitere Nachricht auf unsere Anfrage an das Quartering-Office sowie an die Militärregierung ist noch nicht eingegangen

Ferner liegt eine Mitteilung des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vor, in der darauf hingewiesen wird, daß Beamte, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, nur in äußersten Notfällen noch im Amte verbleiben dürfen. Ich bitte, evtl im Personalausschuß und in den übrigen Ausschüssen darauf zu achten.

Dann ist eine

Anordnung des Wirtschaftsministers

des Landes Nordrhein-Westfalen eingegangen, die in unsere bisherige Arbeitsweise der Stadtvertretung eingreift. Sie wissen, daß wir bisher unsere Ausschüsse entsprechend der Deutschen Gemeindeordnung selbst gewählt und deren Funktionen festgelegt haben. In bezug auf die Treibstoffzuteilung ist nun ein Erlaß des Wirtschaftsministers eingegangen, der u. a. vorschreibt, daß ein Ausschuß beim Straßenverkehrsamt zu bilden ist, bestehend aus Vertretern der verschiedensten Berufsgruppen. Von Ratsherren ist darin nicht die Rede. Es wird uns auch vorgeschrieben, wer der Vorsitzende dieses Ausschusses sein soll, nämlich der Leiter des Wirtschaftsamtes, sein Stellvertreter ist der Leiter des Straßenverkehrsamtes. Es ist also eine völlig von der Deutschen Gemeindeordnung abweichende Maßnahme, die durch Gesetz gewissermaßen uns aufgezwungen werden soll. Weiter steht darin, daß nicht etwa wir als Vertretung die Mitglieder in den Ausschuß wählen, sondern daß die zuständigen Dienststellen bzw. Organisationen die Vertreter entsenden. Wir haben also gar nichts mehr zu sagen. Ich bin der Meinung, daß wir uns damit nicht einverstanden erklären können. Ich halte es für richtig, daß wir es bei der guten Praxis, die in Bielefeld üblich ist, belassen.

Ratsherr Eilers: Wir sind der Auffassung, daß diese Anweisungen nicht befolgt werden können, wie: der Vorsitzende ist der Leiter des Wirtschaftsamtes, die Mitglieder werden von den einzelnen Gruppen entsandt. Wir können uns mit diesen Dingen unter keinen Umständen einverstanden erklären, stehen vielmehr auf dem Standpunkt, daß wir das System, wie wir es in Bielefeld handhaben, beibehalten wollen. Ich möchte daher den Antrag stellen, daß die Verfügung dem Straßenverkehrsausschuß zur weiteren Beratung zur Verfügung gestellt wird.

Oberbürgermeister Ladebeck: Das Ganze liegt auf der gleichen Ebene, auf der sich zur Zeit sehr starke Kämpfe innerhalb der einzelnen Länder abspielen zwischen den Städten und den Regierungen. Wir machen überall die gleiche Feststellung und auch bei den Verhandlungen des Städtetages kommt es immer wieder zum Ausdruck, daß die Regierungen die Selbstverwaltung der Gemeinden untergraben. Der Rat der Stadt Osnabrück hat z. B. vor kurzem eine Entschließung angenommen, in der er sich gegen das Eingreifen der Regierung wendet. Wir erleben heute, daß Erlasse der Regierung nicht etwa an uns geschickt werden, sondern sie gehen gleich an den Oberstadtdirektor oder an den Leiter des Wirtschaftsamtes usw. Wir bekommen die Sachen gar nicht zu sehen.

Man unterscheidet zwischen Selbstverwaltungsangelegenheiten und Auftragsangelegenheiten. In Auftragsangelegenheiten sind wir nach Meinung der Landesregierung nicht zuständig. Nach der Deutschen Gemeindeordnung ist der Rat für alle Dinge, die in der Gemeinde als Verwaltungsangelegenheiten auftreten, allein verantwortlich und nicht eine Beamtenstelle. Ich bin der Meinung, daß wir in diesen Dingen grundsätzlich unsere Stellung darlegen

Ratsherr Bolbrinker: Ich möchte den Zusatzantrag einbringen, die Vorlage den Fraktionen zuzuleiten und in einer späteren Hauptausschußsitzung dazu Stellung zu nehmen.

Darauf wurde der folgende Beschluß einstimmig gefaßt: „Der Erlaß des Wirtschaftsministers ist den Fraktionen zuzuleiten und auf die Tagesordnung der nächsten Stadtvertretungssitzung zu setzen."

Oberbürgermeister Ladebeck: Dann ist eine Verfügung des Regierungspräsidenten eingegangen, nach der die Schließungszeiten der Einzelhandelsgeschäfte in Zukunft Sache der Gemeinden ist. Der Hauptausschuß hat beschlossen, es bei der bisherigen Regelung zu belassen.

Ratsherrin Dr. Steinbiß: In der vorigen Sitzung war von seiten der Militärregierung zugesagt worden, über die Wohnraumbeschlagnahme uns Auskunft zu geben. Nun sind in der letzten Woche

wieder mehrere Häuser beschlagnahmt

worden. Die Räumungsfristen sind sehr kurzfristig gestellt, Ostermontag und Dienstag nach Ostern. Wie wir erfahren haben, kann das Wohnungsamt die Leute nicht unterbringen. Wir möchten bei der Stadtverwaltung anfragen, was sie zu tun gedenkt, damit die Angelegenheit geregelt wird, und ob wir mit Beschlagnahmen rechnen müssen, oder ob die Beschlagnahmen aufgehoben werden.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich glaube nicht, daß Ihnen die Verwaltung das jetzt so kurzfristig sagen kann. Wir stellen diese Frage zurück an den Schluß der Tagesordnung, bis der Vertreter des Wohnungsamtes hier erscheinen kann.

---

sorgung. Auf dieser Grundlage sei die Ernährung Deutschlands nicht zu lösen. Er bittet die Besatzungsmacht, gerade jetzt während der Moskauer Konferenz für Abhilfe zu sorgen. Auf Grund des Zweizonenabkommens wurden aus der britischen Zone, so erklärte Abg. Deppermann weiter, Nahrungsmittel, wie Zucker, in die amerikanische Zone geliefert, um von dort Fleisch, Fett und Käse als Gegenwert zu erhalten. Diesen Verpflichtungen sei der Süden nur zu einem Bruchteil nachgekommen. Die Ernennung eines Sonderbeauftragten für die Ernährung sei nur ein erster örtlicher Schritt, um eine Besseung zu erreichen.

Anschließend sprach Frau Abgeordnete Landgraf dem Sonderbeauftragten, Landrat Baurichter, das volle Vertrauen aus und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß durch seine Ernennung zumindest die Unwahrhaftigkeit in der Unterrichtung der Bevölkerung über die Lebensmittel-Rationen beseitigt würde. Auch das Ausland müßte die Wahrheit über die Zuteilungen in der britischen Zone erfahren. In englischen Zeitungen seien Vergleiche zwischen der russischen und englischen Besatzungszone veröffentlicht worden, bei denen fälschlicherweise von der nominellen Kalorienzahl, statt von den tatsächlich gelieferten Kalorien ausgegangen wurde.

Abgeordneter Fissenewert erklärte, daß die bisherigen Besprechungen über Ernährungsfragen ohne positives Ergebnis geblieben seien. Die Ernennung des Sonderbeauftragten könne als erster Schritt zu aktiverem Handeln begrüßt werden. Es sei notwendig, aus dem deutschen Boden alles herauszuholen und die Nahrungsgüter gerecht zu verteilen. Abg. Fissenewert forderte mehr Einfluß der Verbraucher auf die Verteilung und zu diesem Zweck Kontroll-Ausschüsse mit Exekutivgewalt.

Abg. Specht forderte die Bestätigung der Ernennung von Landrat Baurichter als Sonderbeauftragter und bat den Kreistag, den Beauftragten in seiner schwierigen Tätigkeit zu unterstützen und sich geschlossen hinter seine bisherigen Maßnahmen zu stellen. Die Beschlagnahme von Mehl sei die einzige Möglichkeit gewesen, die Versorgung der Bevölkerung mit Brot für einige Zeit sicherzustellen. Abg. Specht gab davon Kenntnis, daß dem Verbot zur Herstellung von Feinbackwaren einstimmig von der Bäcker-Innung zugestimmt wurde.

Als nächster Redner führte Abg. Dr. Müller aus, daß bei der augenblicklichen Notlage die Ernennung eines Bevollmächtigten, mit erheblichen Vollmachten ausgestattet, das Gebot der Stunde sei. Die Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie werde ohne wirksamere Hilfe vom Ausland in Frage gestellt. Auch Dr. Müller sprach dem Sonderbeauftragten sein Vertrauen aus und bat den Kreistag, der Bestellung zuzustimmen. Ein entsprechender Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Nachdem der Landrat für das Vertrauen gedankt hatte, gab er von seiner Absicht Kenntnis, bei dem Landesernährungsamt und der Landesregierung in Düsseldorf zu beantragen, die Beimischung von

70 Proz. Mais bei der Brotherstellung

für das ganze Land einheitlich anzuordnen, um eine Schlechterstellung der Industriekreise zu vermeiden. Auch das Kuchenbackverbot und die sonstigen Beschränkungen müßten als überörtliche Anordnungen generell durchgeführt werden.

Abg. Speckmann stimmte diesem Vorschlag des Landrats zu. Er unterrichtete den Kreistag darüber, daß vom Landesernährungsamt Kontrollkommissionen unterwegs seien, mit voller Exekutivgewalt ausgestattet, die nicht gemeldetes Vieh bereits an einzelnen Stellen beschlagnahmt und abtransportiert hätten.

Abg. Möller zu Beckendorf wies auf den Mangel an Düngemitteln hin. Er forderte, daß auch in der amerikanischen Zone die gleichen einschränkenden Maßnahmen durchgeführt werden müßten.

Abg. Generotzky beantragte eine gleichmäßigere Verteilung nicht nur des Brotgetreides, sondern auch des Fleisches innerhalb der britischen Zone sicherzustellen und forderte außerdem eine schnelle und

exemplarische Bestrafung aller Verstöße

auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft.

Landrat Baurichter sagte zu, entsprechende Verhandlungen mit dem Oberstaatsanwalt aufzunehmen, um eine Beschleunigung der Verfahren und schärfere Bestrafung der Täter zu erreichen.

Abg. Deppermann forderte restlose Ausnutzung der vorhandenen Bodenflächen und Prüfung, ob im Kreise noch Oedlandflächen urbar gemacht werden können.

Der Vorsitzende erklärte abschließend, daß auch ohne Exekutivgewalt der Kontrollausschüsse die Möglichkeit bestünde, unverzüglich mit Geschäftsschließungen und ähnlichen Maßnahmen durchzugreifen, sobald derartige Fälle ihm als Beauftragten zur Kenntnis gebracht würden.

Die Sitzung wurde um 18 Uhr beendet.

Punkt 3: Bericht über

die Ernährungslage

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich glaube, ich brauche Ihnen keine Einzelheiten über die Ernährungslage zu sagen. Wichtig ist, daß die Stadtvertretung einem Beschluß zustimmt, der in der vergangenen Woche auf einer Sitzung wegen der Ernährungslage gefaßt worden ist über die Ernennung eines Sonderbeauftragten. Es ist weiter notwendig, daß die Stadtvertretung zu einer morgen beim Regierungspräsidenten stattfindenden Sitzung für mich einen Vertreter dorthin schickt, da ich an einer Sitzung des Ernährungsausschusses des Städtetages Nordrhein-Westfalen, in den ich kürzlich gewählt worden bin, in Düsseldorf teilnehmen muß. Der Ernährungsminister hat sich bereit erklärt, den sechs Mitgliedern dieses Ausschusses aus den Großstädten Nordrhein-Westfalen eine Unterredung zu gewähren, die uns hoffentlich Aufschluß über manche Frage geben wird. Die Ernährungslage hat sich in den allerletzten Tagen ein wenig dadurch entspannt, daß die uns vor vierzehn Tagen gegebene Zusage in Erfüllung gegangen ist. Es sind in der letzten Zeit nach Bielefeld und Herford drei Züge mit Mais gegangen, von denen zwei die Stadt Bielefeld bekommen hat. Damit ist selbstverständlich

unsere Brotversorgung keineswegs endgültig gesichert.

Es tritt nun die Schwierigkeit auf, da entsprechende Mengen an Roggen oder Weizen nicht zur Verfügung stehen, daß ein hoher Prozentsatz Mais verwandt werden muß. Heute morgen waren einige Bäcker bei mir und haben mir Proben eines Maisbrotes übergeben, die ich Ihnen in den Raum nebenan habe bringen lassen. Das helle Maisbrot enthält 85 bis 88 Proz. Mais, das dunkle 80 Proz. Ich bitte Sie, dieses Brot zu probieren.

Es scheint mir weiter wichtig zu sein, auf eine sehr ernste Angelegenheit hinzuweisen. Nach den bisher vorliegenden Bekanntmachungen über die Zuteilungen in der 100. Periode werden wir

täglich nur 854 Kalorien erhalten.

In der vergangenen 99. Periode haben wir, wenn wir alles bekommen haben, 979 Kalorien täglich bekommen, also von 1550 Kalorien kann nicht die Rede sein. Daß kein Mensch bei einer solchen Ernährung auf die Dauer arbeiten kann, darüber sind wir uns klar. Aber ich glaube, wir sind uns ebenso klar darüber, daß wir als örtliche Instanz schwerlich an diesen Dingen etwas ändern können. Wir werden auch mit Hilfe von Herrn Landrat Baurichter — und darüber bin ich mit ihm vollständig einer Meinung — keine Wunder herbeiführen können. Was geschehen kann, geschieht. Die erste Maßnahme, die möglich war, ist die, daß er einen Bestand von 30 Tonnen Weizenmehl, der in Bielefeld vorhanden war, nicht dem vorgesehenen Zweck hat zuführen lassen zur Herstellung von Gebäck, sondern dieses Mehl wird der Brotversorgung zugeführt. Er hat weiter versucht, anscheinend mit gewissem Erfolg,

Mais umzutauschen gegen Brotgetreide,

das auf Bauernhöfen vorhanden ist zum Zwecke der Selbstversorgung. Mehr praktische Maßnahmen konnten bisher nicht durchgeführt werden und ich glaube, man sollte von vornherein diese Dinge sehr real sehen, damit nicht Herrn Landrat Baurichter hinterher schwere Vorwürfe gemacht werden.

Es ist notwendig, daß morgen beim Regierungspräsidenten seitens der beiden städtischen Vertreter auf diesen Ernst der Lage hingewiesen wird. Ich weiß nicht, wie weit man dort über die Kalorienzahl sich im klaren ist. Es muß ferner darauf hingewiesen werden, von den übergeordneten Stellen zu verlangen, daß diese endlich zu klaren Entscheidungen kommen. Niemand von uns weiß letzten Endes, wo die Ursachen im einzelnen liegen, viele Stellen sind dabei beteiligt und bei vielen Stellen werden die Ursachen liegen. Auf der einen Seite hören wir, daß kein Getreide da ist, auf der anderen Seite hören wir, daß Getreide da ist, auf der einen Seite erklärt der Landwirtschaftsminister von Bayern, daß Westfalen nicht liefert, während der Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen erklärt, daß Bayern nicht liefert. Sie brauchen nur die Presse zu lesen, dann wissen Sie, was los ist. Amtlich hat der Ernährungsminister von Nordrhein-Westfalen bekanntgegeben, daß

Bayern rückständig

ist mit 3250 Tonnen Fleisch, 500 Tonnen Fett und 290 Tonnen Käse, Württemberg-Baden sei rückständig mit 227 Tonnen Fett und Schleswig-Holstein mit 1970 Tonnen Fett, Niedersachsen mit 2300 Tonnen Fleisch, 293 Tonnen Fett und 220 Tonnen Käse. Das sind natürlich enorme Mengen. Soweit es deutsche Belange sind, müßten einer übergeordneten Stelle die Vollmachten gegeben werden, um eine gleichmäßige Verteilung durchzuführen. Ich möchte eins noch hier korrigieren. Wir haben vor kurzem berichtet, daß im Lande Hannover keine Schwierigkeiten bestehen. In der allerletzten Zeit treten sie auch im Lande Hannover auf. Vielleicht haben Sie in der Presse oder im Rundfunk gehört, daß in Braunschweig üble Ereignisse eingetreten sind, und daß in Hannover ebenfalls Unruhen auftreten. Also die Dinge sind nicht nur bei uns schwierig. Wir haben zwar festgestellt, daß unsere Nachbarschaft verhältnismäßig gut versorgt war, als wir sehr schlecht versorgt wurden, aber das scheint auch kein Dauerzustand zu sein.

Ich bitte Sie, in Ihrer Aussprache darauf einzugehen, ob Sie bereit sind, den Beschluß, der in der vorigen Woche hier gefaßt worden ist, anzunehmen und zu bestätigen. Der Beschluß lautet: „Der Rat der Stadt billigt die Stellungnahme der Mitglieder des Hauptausschusses und erklärt sein Einverständnis mit der Wahl von Herrn Landrat Baurichter zum Sonderbeauftragten für Ernährungsfragen mit allen Vollmachten."

Ratsherrin Dr. Steinbiß: Daß unsere Ernährung nicht ausreicht, liegt nicht an der Verteilung, sondern daran, daß nicht genügend da ist.

Die Ernährungsdecke ist zu kurz,

besonders, wo die ungeheuren Menschenmassen aus dem Osten in dieses Gebiet geströmt sind. Wir hatten heute morgen mit Landrat Baurichter eine kurze Besprechung, in der wir uns über die Maismehlverwendung unterhalten haben. Es wurde der Antrag gestellt, an Stelle von Brot etwas Mehl zum Binden von Suppen und Gemüse herauszugeben und zugesagt, in dieser Zuteilungsperiode an Stelle von 1000 gr Brot 750 Gramm Maismehl auszugeben. Dann soll versucht werden, an die Firma Oetker heranzutreten, daß von ihr einige Back- und Kochrezepte für Maismehl herausgegeben werden.

Ratsherr Bolbrinker: Die Presse hat eingehend über die Verhandlungen der letzten Woche berichtet, so daß sich weitere Ausführungen erübrigen. Wir hoffen, daß es den Verhandlungen des Landrats gelingen wird, Ordnung zu schaffen und insbesondere zu erreichen, daß die westfälischen Städte ernährungsmäßig so gestellt werden, wie die Städte in Hannover und Süddeutschland. In der Bevölkerung wird vielfach die Auffassung vertreten, daß die städtischen Stellen Schuld seien an den aufgerufenen, aber nicht verausgabten Lebensmitteln. Ich beantrage daher, daß über die wöchentlichen Veröffentlichungen der Lebensmittelzuteilung die Ueberschrift gesetzt wird: „Im Auftrage des Landesernährungsamtes geben wir bekannt." Ferner möchte ich einen weiteren Zusatzantrag einbringen, um in der Bevölkerung bekanntzugeben, wer

bei der Zuteilung von Lebensmitteln verantwortlich ist.

Ratsherr Klose: Als wir im Herbst des vergangenen Jahres unsere erste Ernährungsdebatte starteten, bekamen wir 1550 Kalorien. Wir haben uns seither fast in jeder Ratssitzung mit Ernährungsdebatten über Wasser gehalten, das Resultat ist nun, daß wir 854 Kalorien bekommen. Wenn wir nicht dazu übergehen, mit allen Kräften, die uns zur Verfügung stehen, dafür zu kämpfen, daß

das System als solches geändert

wird, werden wir noch einige Ernährungsdebatten haben und die letzte wahrscheinlich auf dem Sennefriedhof begehen. — Herr Schlange-Schöningen, der Gott sei Dank nicht von einer deutschen Stelle zum Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft in Hamburg gemacht worden ist, gehört nicht nach Hamburg in das Ernährungsamt, sondern nach Nürnberg als Kriegsverbrecher. Wir haben verschiedentlich, besonders auch

von der gewerkschaftlichen Seite Kontrollausschüsse vorgeschlagen

und haben auch einen Ausschuß gewählt. Ich bin nicht der Meinung, daß dieser Ausschuß Wunder wirken kann, genau so wenig wie der Ernährungskommissar. Einmal muß aber ein Anfang gemacht werden, es muß gehandelt und nicht nur geredet werden. Wir wollen uns klar sein, und das auch anerkennen, unsere Besatzungsmächte haben erhebliche Lebensmittelzuschüsse gegeben, aber wir wollen diese Besatzungsmächte fragen, wie sie sich an unserer Stelle verhalten würden, ob sie damit zufrieden sein würden, ewig nur Bettler und Nutznießer und Almosenempfänger zu sein. Wenn wir das weiter so machen, werden wir bald so schwach sein, daß wir diese Almosen nicht mehr in die Hand nehmen können. Wenn man natürlich dazu übergeht,

Zonengrenzen und Landesgrenzen

und auch eine Art Schweizer Kantone zu bilden, dann kann man den heutigen Zustand verstehen, wenn die Bayern und Württemberger nicht liefern. Ich bin der Meinung, wenn die Preußen hungern, sollen auch die Bayern hungern. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders darauf hinweisen, daß wir es für außerordentlich notwendig halten, dem in Bielefeld gebildeten Kontrollausschuß nun endlich die Exekutive zu verleihen. Dieser Anfang muß gemacht werden.

Ratsherr Landmeyer: Ueber die Ernährung selbst brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Ich halte es für bedauerlich und unverantwortlich, daß man Leuten die Schuld zuschieben will, deren wirkliche Schuld bislang nicht bewiesen ist.

Die ganze Sache wird politisch ausgenutzt.

zu Attacken gegen Herrn Schlange-Schöningen. Es wird versucht, ihm irgendeine Schuld an

Erprobte Maisrezepte

Geröstete Maisgrieß-Suppe.

50 g Maisgrieß in einem eisernen Topf oder in einer Stielpfanne hellbraun rösten, mit 1 1/8 Ltr. Wasser auffüllen und ¼ Stunde kochen lassen. Abschmecken mit Salz, Gewürzmischungen oder frischen Kräutern oder Suppengemüse (Möhren, Porree, Zwiebeln), das man feingeschnitten mit anrösten kann.

Maisgrieß-Klöße.

½ Ltr. Wasser mit ½ Teel. Salz zum Kochen bringen, 150 g Maisgrieß einstreuen und die Mnsse solange kochen, bis sie sich vom Topfrand löst. Nach dem Erkalten Klöße formen und in siedendem Wasser garziehen lassen. — Dazu wird eine salzige Tunke gereicht.

Salzige Mais-Tunke.

Man bindet ½ Ltr. Wasser mit 40 g Maismehl und schmeckt die Tunke ab mii Salz und einer Geschmackszutat, wie Gewürzmischung, frische Kräuter, Senf, Kümmel, Zwiebel (mit garkochen lassen), Tomatenmark u. a.

Mokkatorte mit Maismehl oder Maisgrieß.

3 Tassen Maismehl oder Maisgrieß, 1 Tasse Kaffee-Ersatz, 1—1½ Tasse Zucker oder etv. Süßstoff, ½ Teelöffel Salz, 1—1½ Tasse Milch oder Wasser, 1½ Teelöffel Hirschhornsalz oder Natron oder Backpulver, Mandelaroma. — Alle Zutaten mischen, in einer Springform abbacken. Nach dem Erkalten 2mal durchschneiden und mit Maiskreme (½ Liter Milch oder Wasser, 40 g Maismehl, 1 Pr. Salz, Zucker oder Süßstoff) füllen und bestreichen.

den Vorkommnissen, die wir in der Versorgung unserer Bevölkerung mit Lebensmitteln erlebt haben, zuzuschieben. Ich halte das für sehr bedauerlich in der heutigen Zeit, wo die Not die Massen schon derartig in Erregung bringt. Herr Schlange-Schöningen ist ein Mann, der von den Nazis nach allen Richtungen weitgehend verfolgt worden ist. Man braucht nur sein Tagebuch zu lesen, worin die Geschehnisse, die damals von dem Nazitum herbeigeführt wurden, registriert sind. Ich muß deshalb hier die Attacke des Ratsherrn Klose gegen Herrn Schlange-Schöningen nachdrücklichst zurückweisen. Daß wir überhaupt versucht haben, eine Schuld zu konstruieren, halte ich für abwegig. Es sind eben die Vorräte nicht vorhanden, die wir nötig haben, um die notwendige Kalorienzahl für unsere Bevölkerung herauszubringen, und wenn die zu verteilenden Mengen nicht ausreichen, muß die Kalorienzahl zurückbleiben hinter dem, was erforderlich ist. Es ist nicht bewiesen, ob wirklich eine Schuld vorhanden ist. Das einzige, was wir festgestellt haben, ist die Tatsache, daß wir Tage und Wochen hindurch in

Westfalen schlechter beliefert worden sind als z. B. in Hannover.

Woran das gelegen hat, konnten wir bisher nicht ergründen. Wir haben alle Veranlassung, nachdrücklichst darauf hinzuweisen, daß das nicht wieder vorkommen darf und daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen dafür sorgt, daß sie in der Versorgung der Landesregierung Niedersachsen gleichgestellt wird. Genau so liegen die Verhältnisse beim süddeutschen Gebiet, wo noch eine reichlichere Verteilung stattfindet. Das ist das einzige, was wir tun können. Im übrigen müssen wir uns mit der bedauerlichen Tatsache abfinden, daß wir nicht mehr bekommen, als eben in die englische Zone hineingeliefert wird.

Ratsherrin Dr. Steinbiß: Es wäre ein wesentlicher Vorteil, wenn man das Volk richtig aufklärte, es gibt das und das auf die Karte, aber daß wir immer daran herumraten müssen, das erschwert unsere Lage vielmehr.

Oberbürgermeister Ladebeck: Das erste, was gefordert wurde, ist

Klarheit und Wahrheit bei den aufgerufenen Mengen.

Man soll nicht 3000 gr. aufrufen, wenn man nur 2000 gr. geben kann, denn das erschüttert das Vertrauen der Bevölkerung zu den unteren Stellen. Die Bevölkerung macht uns verantwortlich, obwohl wir nichts daran tun können. Der zweite Grundsatz ist der, daß irgendeine Vorratsbildung, und wenn sie nur kurzfristig ist, vorgenommen werden muß. Ehe man überhaupt aufruft, muß die Ware in das Gebiet hineingelenkt sein. Das sind Dinge, die von uns aus verlangt werden müssen. Es muß irgendeine Stelle mit Vollmachten ausgerüstet werden, die innerhalb der deutschen Belange unabhängig ist von den englischen Stellen. Diese Stelle muß verpflichtet werden, uns wahrheitsgemäß Bericht zu geben. Wir müssen verlangen durch unsere deutschen Dienststellen, evtl. auch über die englischen, daß die Bevölkerung laufend über die wirklichen Verhältnisse unterrichtet wird, damit sie Vertrauen bekommt. Aus dem Mißtrauen sind die Vorgänge entstanden, die wir von Düsseldorf, Braunschweig usw. gehört haben. Ich bin der Ueberzeugung, wenn wir der Bielefelder Bevölkerung die Wahrheit sagen, dann werden hier keine Dummheiten gemacht. Wenn ihr aber gesagt wird: „Ihr bekommt 1000 gr. Nährmittel", und nach acht Tagen bekommen sie nichts, dann sind wir nicht in der Lage, diese Dinge aufzuhalten. Ich würde daher bitten, die Herren, die morgen nach Minden zur Verhandlung fahren, in diesem Sinne zu beauftragen. Das ist das eine. Ich würde zweitens dafür sein, daß wir den Anträgen des Ratsherrn Bolbrinker zustimmen, denn sie liegen auf der Ebene dieser Dinge. Drittens möchte ich Sie fragen, ob es nicht richtig ist,

eine Entschließung

anzunehmen, die wir in der Oeffentlichkeit verbreiten mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtvertretung billigt die vom Stadt- und Landkreis gemeinsam in ihrer Konferenz am 31. März 1947 beschlossene Berufung des Herrn Landrat Baurichter als Bevollmächtigten für die Lebensmittelversorgung. Die Schwierigkeiten in der Ernährungslage, die nicht örtlich begrenzt sind, vielmehr in der letzten Zeit nicht nur das Land Nordrhein-Westfalen, sondern auch weite Teile der übrigen Gebiete Westdeutschlands betreffen, sind nur durch gemeinsame Anstrengung aller beteiligten Stellen zu beheben. Wir erwarten zuversichtlich, daß in dieser schweren Notzeit die Bevölkerung der Stadt Bielefeld ihre seit jeher bewährte, von ruhiger Ueberlegung zeugende Haltung bewahren wird."

In dieser Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, ist der Antrag des Ratsherrn Bolbrinker mit enthalten.

Oberbürgermeister Ladebeck: Wir kommen nun zu der

Abstimmung über die einzelnen Anträge.

Zunächst wäre ein Vertreter zu wählen, der außer dem Oberstadtdirektor morgen an der Sitzung in Minden teilnimmt. Vorgeschlagen werden Frau Dr. Steinbiß und Ratsherr Dr. Pankoke. Bei der Abstimmung wird die Ratsherrin Dr. Steinbiß mit achtzehn Stimmen gewählt. — Der Zusatzantrag Ratsherr Bolbrinker: Die Veröffentlichung der wöchentlichen Lebensmittelzuteilungen geschieht ab sofort unter der Ueberschrift: „Im Auftrage des Landesernährungsamtes geben wir bekannt" wurde einstimmig angenommen. Ebenfalls einstimmige Annahme fand der weitere Zusatzantrag des Ratsherrn Bolbrinker: „Die Stadtverwaltung wird beauftragt, der Bürgerschaft in geeigneter Weise bekanntzugeben, daß weder der Rat der Stadt, noch die Verwaltung ein Einflußrecht bei der Zuteilung von Lebensmitteln besitzt. Die verantwortlichen Stellen sind ausschließlich für alle Wirtschaftsämter 1. das Landesernährungsamt Westfalen in Unna, 2. der Ernährungsminister Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, 3. das Zentralamt für Ernährung in der britischen Zone in Hamburg, 4 das Zweizonenzentralamt für Ernährung in Stuttgart.

Der Frohnenhof

Punkt 4: Uebernahme des Frohnenhofes in stadteigene Verwaltung.

Oberbürgermeister Ladebeck: Diesen Bericht gebe ich Ihnen, da ich in der Angelegenheit sehr stark persönlich tätig werden mußte und ein Ausschuß für diese Dinge nicht vorhanden ist. Wir haben am 29. 3. 1946, unter dem alten Rat der Stadt den Frohnenhof in Asemissen verpachtet. Die Vorarbeiten zu dieser Verpachtung mußten seinerzeit noch durchgeführt werden, als kein Rat bestand. Der Pächter des Hofes war uns von der Landesbauernschaft Westfalen und dem Regierungspräsidenten in Minden bestens empfohlen worden. Vor kurzem mußte festgestellt werden, daß der Frohnenhof nicht ordnungsgemäß bewirtschaftet wurde, und die Kreisbauernschaft hat den Pachtvertrag aufgehoben, einen Treuhänder eingesetzt und bestimmt, daß er einen neuen Pächter einzusetzen hätte. Dagegen haben wir als Stadt Einspruch erhoben und sind auch durchgedrungen. Der Einspruch richtete sich gegen die Tatsache, daß man uns durch die erneute Verpachtung die Freiheit der eigenen Entschlußfassung genommen hätte. Der Hof ist nämlich s. Zt. als Austauschobjekt angekauft worden und muß aus Stadtplanungsgründen diesem Zweck auch weiterhin jederzeit zur Verfügung stehen, was im Falle der Verpachtung zu Schwierigkeiten führen würde.

Ratsherr Bolbrinker beantragte, der stadteigenen Verwaltung des Frohnenhofes zuzustimmen.

Ratsherr Klose schlug die Aufteilung des Frohnenhofes in verschiedene Siedlerstellen vor. Unsere Aufgabe als Stadtverwaltung muß es sein, in diesen Dingen Vorbilder zu schaffen, und aus diesem Grunde bringe ich den Zusatzantrag ein.

Ratsherr Landmeyer: Ich möchte es ablehnen, den Frohnenhof jetzt aufzuteilen und an einzelne Siedlerstellen zu vergeben, weil wir das vom Standpunkt der Ernährung aus nicht verantworten können. Wir können, glaube ich, in der heutigen Zeit nichts Verkehrteres tun, als den Frohnenhof in dieser Weise der Art zu entziehen, wie wir ihn ausnützen können. Indem wir ihn sachgemäß durch einen erfahrenen Landwirt verwalten lassen, würden wir das Höchstmaß an Produkten herausholen. Die Experimente, die da gemacht werden sollen, indem wir uns einzelne Leute von den Flüchtlingen heraussuchen, können nur auf lange Sicht vorgesehen sein: Dann müßten die einzelnen Siedlungen aufgebaut, es müßten ihnen die nötigen Maschinen usw. in die Hand gegeben werden. Das ist ein Projekt, das Jahre erfordert und das wir heute nicht verantworten können.

Ratsherr Bolbrinker: Es ist klar, daß wenn wir den Hof verpachten würden, die Stadt sehr entlastet würde, weil wir dann nicht mit den Verwaltungsarbeiten, die eine Verwaltung mit sich bringt, belastet würden. Im gegenwärtigen Stadium angesichts der vorgesehenen Frühjahrsbestellung betrachten wir es als abwegig, die Frage zu ventilieren, das Gelände als Siedlungsgelände aufzuteilen. Das bedarf umfangreicher Vorarbeiten, und die können wir jetzt nicht mehr vornehmen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Es liegen zwei Anträge vor:

1. Der Frohnenhof wird in stadteigene Verwaltung übernommen. Die Verwaltung ist einem geeigneten Bewerber zu übertragen; der Vertrag ist auszuarbeiten und dem Rat der Stadt zur Beschlußfassung vorzulegen.
   Der Antrag wurde gegen 1 Stimme (Klose) angenommen.
2. Der Frohnenhof wird zum nächstmöglichen Termin in Siedlerstellen aufgeteilt.
   Für den Antrag stimmte nur der Antragsteller Klose.

Schulangelegenheiten

Punkt 5: Neueinteilung der Schulbezirke in Verbindung mit der Einrichtung konfessioneller Volksschulen.

Ratsherr Dr. Pankoke: Die Einführung der konfessionellen Schulen hat die Schulverwaltung vor eine schwierige Aufgabe gestellt. Wir haben in den Ausschüssen, in den Sitzungen des gesamten Schulausschusses, in den Volksschulen eingehende Beratungen über die Einführung gepflogen. Sie wissen, es fehlt uns in Bielefeld an Schulgebäuden, an Klassenzimmern, an Tischen, Bänken und Stühlen. Es fehlt aber auch an Lehrkräften. Wir sind nach eingehenden Beratungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Einführung zum Ostertermin nur dann möglich ist, wenn wir die Schulbezirke neu einteilen und zwar sollen nach den Vorschlägen des Schulamtes, die Ihnen nicht unbekannt sind, zwei Schulbezirke völlig eingespart werden, und zwar die beiden Schulen, die so stark zerstört sind, daß vorerst keine Möglichkeit mehr besteht, sie wieder aufzubauen: die Lutherschule und die Stadtheiderschule. Darüber hinaus sollen zum Ausgleich der Stärke der Schulen Schüler untereinander abgegeben werden. Wir sind uns darüber klar, daß nach dieser Neuordnung der Schulbezirke noch nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen, weder die Wünsche der Schulleiter noch die der Eltern. Ich bitte Sie aber, für das jetzt beginnende neue Schuljahr an diesen Vorschlägen nichts mehr zu ändern. Dagegen ist die Schulverwaltung ermächtigt, in einigen besonders gelagerten Fällen, wo sich doch noch sehr weite Schulwege herausstellen sollten, den Wünschen der Eltern nach einer Umschulung, Rechnung zu tragen. Wir können dann im nächsten Jahr, wenn wir ein Jahr Praxis hinter uns haben, über diese Dinge nochmals reden und neue Beschlüsse fassen.

Die Aufnahmeprüfungen

für die untersten Klassen der höheren Schulen finden statt: Gymnasium 10. April, 13.00 Uhr; Oberschule, 11. April, 8.00 Uhr; Helmholtzschule, 10. April, 8.00 Uhr; Auguste Viktoria-Schule, 10. April, 9.00 Uhr; Cecilienschule 10. April, 8½ Uhr. — Papier und Bleistift sind mitzubringen.

Stadt Bielefeld — Schulamt.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich darf dazu sagen, daß im Hauptausschuß, wenn ich mich nicht irre, der Beschluß gefaßt worden ist, daß Sonderwünschen nicht Rechnung zu tragen ist. Die Schulverwaltung hat gleich darauf hingewiesen, daß das zu Schwierigkeiten führt, die nicht tragbar sind.

Ratsherr Dr. Pankoke: Ich wollte keine Sonderregelung darin gefaßt haben. Es hat jetzt schon bei der Schulverwaltung die Möglichkeit bestanden, in einigen Ausnahmefällen — weil sonst die Klassenzimmer nicht ausreichen — in beschränktem Maße krassen Fällen Rechnung zu tragen.

Unter **Punkt 6** wurde der Aufhebung der Fluchtlinien der Planstraße 22 zwischen Gellershagener Straße und Theesener Straße einstimmig zugestimmt.

Punkt 7: Einräumung des Stimmrechts an den Zentralverband des Mechanikergewerbes im Schulausschuß der Metallfachschule, sofern es sich um Beschlüsse mit finanzieller Auswirkung für die Meisterschule des Mechaniker- und Kraftfahrzeughandwerks handelt.

Ratsherr Köhnle äußert Bedenken gegen die Einräumung des Stimmrechts, da auch noch andere Interessenvertretungen finanziell an der Meisterschule interessiert sind und es dazu führen könnte, daß durch die Einräumung weiterer Stimmrechte an diese, die Vertreter der Stadt im Ausschuß überstimmt werden würden.

Oberbürgermeister Ladebeck: Der Hauptausschuß ist in dieser Hinsicht anderer Meinung. Wir haben uns gesagt: Der Zentralverband des Mechanikergewerbes hat in diesem Jahr 17 000 RM. Zuschüsse zu der Schule bezahlt. Es wäre unserer Ansicht nach nicht gerechtfertigt, einem so starken Mitträger das Recht vorzuenthalten, bei finanziellen Entscheidungen mitzuwirken. Die Gefahr einer Überstimmung durch andere Interessenvertreter wäre nicht entscheidend, denn wir könnten den Ausschuß von uns aus vergrößern. Die Gefahr liegt aber nicht vor. Dazu ist klarzustellen, daß der Zentralverband seinen Sitz in Bremen hat und sich bei wichtigen Sitzungen orientieren möchte. Unsere Bielefelder zuschußleistenden Stellen sitzen hier und können jederzeit Rückfragen halten. So eine fern absitzende Organisation kann sich nicht jederzeit bei uns orientieren, deshalb legt sie Wert darauf, bei wichtigen Sitzungen einen Vertreter zu haben.

Ratsherrin Dr. Steinbiß: Ich verstehe nicht, wenn der Zentralverband in Bremen sitzt, daß er dann hier mit Stimmrecht im Ausschuß vertreten sein will. Wenn er nur informiert sein will, braucht er nicht das Stimmrecht.

Ratsherr Kramer: Ich habe die Sache so in Erinnerung, als wenn der Verband den ganzen Rest deckt, so daß er der weitaus größte Vertreter ist und wir deswegen im Hauptausschuß beschlossen haben, ihm in finanziellen Dingen das Stimmrecht zu erteilen.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Für und wider die Sperrstunde

Punkt 8: Einführung der Sperrstunde.

Ratsherr Kralemann: Der Hauptausschuß hat sich in einer der letzten Sitzungen mit der allgemeinen Zunahme der Unsicherheit befaßt, besonders mit der Zunahme der Diebstähle — lt. Polizeiberixht 9—16 pro Nacht —. Der Hauptausschuß hat nach eingehender Debatte die Wiedereinführung der Sperrstunde beschlossen. Es würde ratsam sein, den Kreistag und den Landtag zu bitten, in gleicher Weise zu beraten, damit wir im Stadt- und Landkreis einheitlich vorgehen können. Ich möchte Sie deshalb bitten, diesem Antrage zuzustimmen.

Ratsherr Klose: Ich bin grundsätzlich gegen die Einführung der Sperrstunde und bedauere außerordentlich, daß sich der Hauptausschuß entgegen der s. Zt. vorgeschlagenen Stellungnahme auf einen anderen Standpunkt gestellt hat.

Ratsherrin Dr. Steinbiß: Ich habe mich beim letzten Mal auch gegen die Einführung der Sperrstunde gewandt. Ich habe inzwischen beim Polizeirat angefragt. Dieser hat mir gesagt, daß

Schulanmeldungen der Lernanfänger

Einrichtung konfessioneller Volksschulen.

Die Anmeldung der zu Ostern 1947 schulpflichtig werdenden Kinder hat in der Zeit vom 8. bis einschl. 10. April 1947, von 15 bis 18 Uhr, in den nachstehend aufgeführten Schulen unter Vorlegung des Geburtsscheines oder Familienbuches und des Impfscheines zu erfolgen. Schulpflichtig werden alle Kinder, die bis zum 30. April 1947 das 6. Lebensjahr vollendet haben und ältere, bisher vom Schulbesuch zurückgestellte Kinder. Nach dem 30. 4. 1941 geborene Kinder werden Ostern 1947 auf keinen Fall eingeschult.

Neben den bisher bestehenden Gemeinschaftsschulen mit getrenntem evangelischen und katholischen Religionsunterricht werden zu Beginn des neuen Schuljahres die von der Stadtvertretung beschlossenen evangelischen und katholischen Konfessionsschulen in den nachstehenden Volksschulgebäuden eingerichtet. Diese Schulen können von den Kindern besucht werden, deren Eltern sich dafür entschieden haben oder sich jetzt noch dafür entscheiden.

Spätere Umschulungen von Kindern zu einer anderen Schulart können nur zu Beginn des Schuljahres nach entsprechender Erklärung beim Schulleiter derjenigen Schule, die das Kind bisher besucht hat, erfolgen.

Schule	Lage	Zugehöriger Schulbezirk
	Gemeinschaftsschulen	
Stieghorstschule	Detmolder Str. 413/15	Bisheriger Schulbezirk der Stieghorstschule, außerdem vom Bezirk der Osningschule die Straßen: Brokstr., Elpke, Ziethenstraße, Ackerstr., Graf Haeselerstr., Buschkampstr und Osningstr. von Nr. 220 bis Nr. 285.
Osningschule	Hauptstraße 242	Bisheriger Schulbezirk der Osningschule außer vorstehenden, der Stieghorstschule zugeteilten Straßen. Hinzu kommen folgende, bisher zu der Fröbelschule gehörende Straßen: Am Tempel, Königsbrügge, auf dem Calvinenfelde, Vormbaumstraße, Im Siekerfelde, An d. Krücke, Soltkamp, Bromberger Str., Graudenzer Str., Am Ellernkamp, Anton-Bruckner-Str., Wilh.-Raabe-Str., Seb.-Bach-Str., Detmolder Str., von Prießallee bis Nr. 197 bzw. 216, Hellweg Nr. 1—31 und 2—32.
Fröbelschule Diesterwegschule	Fröbelstraße 7	Bisheriger Schulbezirk der Fröbelschule außer vorstehenden, der Osningschule zugeteilten Straßen und außer folgenden, der Rußheiderschule zugewiesenen Straßen: Kleine Howe und Mühlenstr. von Kl. Howe bis Nr. 119 bzw. 121. Bisheriger Schulbezirk der Diesterwegschule.
Rußheiderschule	Hauptstraße 70	Bisheriger Schulbezirk der Rußheiderschule, außerdem vom Bezirk der Fröbelschule Kl. Howe und Mühlenstr. von Kl. Howe bis Nr. 119 bzw. 121.
Siekerschule	Grasmückenweg 11	Bisheriger Schulbezirk der Siekerschule.
Petrischule	Petristraße 58	Bisheriger Schulbezirk der Petrischule, außerdem vom Bezirk der Lutherschule die Straßen Stadtholz und Werkering und vom Bezirk der Stadtheiderschule Hakenort Nr. 47 bis 47 f.
Hellingskamp-einschl. Stadtheiderschule (vereinigt)	Herforder Str. 263	Bisherige Schulbezirke der Hellingskampschule und Stadtheiderschule außer folgenden, der Hamfeldschule zugeteilten Straßen: Adolf-Stöcker-Str., Stadtheider Straße ab Wichernstr. bis Ende, Engersche Straße ab Brüggemannstr. bis Schildescher Straße und außer der def Petrischule zugeteilten Straße Hakenort Nr. 47 bis 47 f.
Bückardtschule einschl. Lutherschule (vereinigt)	Heeper Straße 50	Bisherige Schulbezirke der Bückardtschule und Lutherschule außer den der Petrischule zugeteilten Straßen Stadtholz und Werkering.
Martinschule	Bülowstraße 11	Bisheriger Schulbezirk der Martinschule.
Gutenbergschule Wittekindschule	Gutenbergstr. 19	Bisheriger Schulbezirk der Gutenbergschule, außerdem die von der Sudbrackschule zugeteilte Drögestraße. Bisheriger Schulbezirk der Wittekindschule.
Sudbrackschule Kamphofschule	Klarhorststraße 2	Bisheriger Schulbezirk der Sudbrackschule außer folgenden, der Gellershagenschule zugeteilten Straßen: Horstheiderweg, Torfstichweg, Bultkamp, Im Strohsiek, Lindenstr., Sudbrackstr. ab Lange Straße bis Schluß, Lange Str. und außer der der Gutenbergschule zugeteilten Drögestr. Bisheriger Schulbezirk der Kamphofschule.

die Polizei nicht für die Einführung der Sperrstunde sei.

Ratsherr Kirchhoff: Ich habe auch Bedenken, da die Einführung der Sperrstunde eine Beschneidung der persönlichen Freiheit des Einzelnen bedeuten würde. Wenn wir eine Sperrzeit einführen wollten, hätten wir sie wieder im Winter einführen müssen. Ob Raubüberfälle und Diebstähle dadurch vermieden werden, stelle ich in Frage. Wir müssen feststellen, von welcher Seite aus diese Sachen kommen und man sollte daher der Polizei auf diesem Gebiete mehr Vollmacht geben, damit sie besser einschreiten kann. Ich beantrage Ablehnung der Vorlage.

Ratsherr Bolbrinker: Gerade die Überlegungen hinsichtlich der stark in Erscheinung tretenden Überfälle und Diebstähle haben uns bewogen, die Frage der Wiedereinführung der Sperrstunde zu ventilieren. Die Diebstähle werden wir vielleicht mit der Wiedereinführung der Sperrstunde nicht aus der Welt schaffen. Sie entsprechen zum Teil den wirtschaftlichen Zuständen von heute. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß, wenn in der Zeit von ½12 bis ½5 Uhr niemand mehr ohne Ausweis auf der Straße sein kann, die Ermittlungen der Polizei ohne weiteres schneller und durchgreifender durchgeführt werden können. Daß die Maßnahme, wenn sie auf den Stadtkreis Bielefeld beschränkt würde, wirkungslos sein würde, kam in der Beratung zum Ausdruck. Ich schlage aber vor, zunächst eine Auskunft einzuholen, wie die Stellungnahme der Polizei ist. Zugleich unter Hinzuziehung des Landkreises ist dann die Frage erneut zur Debatte zu stellen.

Ratsherr Vogt: Ich bitte keine Überbewertung in diesem Sinne aufkommen zu lassen. Ich glaube, soweit wie die Sicherheitsmaßnahmen vom Standpunkt der deutschen Polizei aufgenommen sind, sind auf dem gesamten Gebiet Polizeiposten verteilt. Was ich von dieser Stelle aus sagen möchte, ist folgendes: Die Stärkung der deutschen Sicherheitsorgane ist m. E. unerläßlich und notwendig und ich darf darauf hinweisen, daß gegenüber den Verbrechern eine starke Waffe der deutschen Polizeiorgane unbedingt notwendig ist, und zwar nicht allein gegenüber deutschen Verbrechern, sondern gegen jeden sich herumtreibenden Verbrecher, gleich welcher Nation, und daß auch die deutsche Polizei Machtbefugnisse haben muß, überall einzuschreiten, wo es notwendig ist. Ich glaube, in dieser Hinsicht könnte manches getan werden. Es liegt gewiß auch im Interesse der Militärregierung, daß die Machtbefugnisse der deutschen Polizei erweitert werden. Im Hinblick darauf bitte ich aber, diese Angelegenheit dem Polizei-Ausschuß zu überweisen, damit er nach Prüfung der Dinge mit der Exekutive die Möglichkeit hat, die Notwendigkeit der Einführung der Polizeistunde vom reinen polizeilichen Standpunkt aus zu überprüfen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Die Frage der Stärkung der Polizei ist nach dem englischen wie auch nach dem deutschen Gesetz Angelegenheit des Polizeiausschusses. Sie sitzen im Polizeiausschuß, aber gehören in dem Augenblick nicht zu uns, sondern sind ein selbständiges Organ, das vollkommen eigene Entschlüsse tätigt, mit denen wir nichts zu tun haben. Die Polizei ist nicht unser Organ, sondern Organ der Landesregierung. Wir haben darin in Zukunft nichts zu sagen. Sie als Polizeiausschuß können Anträge stellen, aber nicht an uns.

Ratsherrin Dr. Steinbiß: Die Stellungnahme der Polizei habe ich Ihnen mitgeteilt. Man könnte nur eines tun, was Herr Vogt schon anschnitt, daß man dafür eintritt, daß die Polizei Waffen bekommt. Ich glaube, daß wir den Beschluß über die Sperrstunde, doch selbständig fassen sollten und die Angelegenheit nicht an den Polizeiausschuß überweisen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Ich glaube, Herr Vogt war selbst der Meinung, die Vorlage sollte dem Polizeiausschuß nicht zur Entscheidung, sondern zur Beratung überwiesen werden.

Ratsherr Vogt: Ich bin mir durchaus der Rechte bewußt, die der Polizeiausschuß hat und bin mir auch bewußt, daß allein der Polizeiausschuß souverän ist für alle Fragen, die die Polizei betreffen. Ich habe Gelegenheit genommen, einmal die Stellung hier auch dem Rat zur Kenntnis zu bringen.

Oberbürgermeister Ladebeck: Damit kein Irrtum in der Öffentlichkeit entsteht und wir nicht für irgend etwas verantwortlich gemacht werden: Sie sind nicht souverän, auch der Polizeiausschuß nicht. Souverän sind Sie überhaupt nicht. Sie haben Beschlußrecht in Bezug auf Ernährung, Bekleidung, Wohnung usw. An der Exekutive haben Sie und wir nichts zu sagen. Das sind Dinge, die nicht unseren Beschlüssen unterliegen. Die Polizei ist aus unseren Händen genommen und liegt in den Händen der Landesregierung. Sie untersteht dem Befehlshaber der Polizei, dem wir und der Polizeiausschuß nicht hineinreden können. Darüber darf in der Öffentlichkeit kein falsches Bild entstehen, sonst werden wir verantwortlich gemacht und kriegen die Prügel, die wir nicht verdient haben.

Ratsherr Vogt: Ich darf noch eins sagen: Es heißt in dieser Anordnung: Der Polizeiausschuß ist verantwortlich für die Ordnung und Sicherheit in seinem Polizeigebiet. So lautet die englische Anweisung. Für die Durchführung verantwortlich ist die Exekutive.

Ratsherr Horstkötter: Wenn meine Informationen richtig sind, hat die Einführung der Sperrstunden überhaupt keinen Sinn. Ich bin darüber informiert worden, daß die Polizei ihre Rundgänge ohne Waffen machen muß. Bei diesen Methoden, ich möchte sie als „Wild-west-Methoden" bezeichnen, nutzt uns die Sperrstunde nichts, wenn die Polizeiorgane dem nicht gegenübertreten können. Wie wir aus den Vorgängen wissen, schießen diese Herrschaften ohne weiteres, wenn sie gestellt werden, und wenn die Polizei ihnen nicht gegenübertreten kann, ist die Sache ganz sinnlos.

Oberbürgermeister Ladebeck: Es ist der Antrag gestellt, den Beschluß zurückzustellen zur Beratung an den Polizeiausschuß.

Der Antrag wurde gegen eine Stimme (Frau Dr. Steinbiß) angenommen.

Unter **Punkt 9** wurde die Vorlage betr. Erstattung barer Auslagen und Verdienstausfälle anläßlich der Ausübung ehrenamtlicher Tätigkeit im Dienste der Stadt durch Teilnahme an Sitzungen und anberaumten Terminen einstimmig angenommen.

Ein Verkehrssicherungsausschuß

Punkt 10: Bildung eines Verkehrssicherungsausschusses für den Stadtkreis Bielefeld.

Oberbürgermeister Ladebeck: Der Regierungspräsident hat uns mitgeteilt, daß ein Verkehrssicherungsausschuß gebildet werden muß. In der Anweisung heißt es: „Den Vorsitz bestimmt der zuständige Oberbürgermeister bzw. Landrat. Die Mitglieder des Ausschusses werden zunächst von dem Landrat bzw. Oberbürgermeister berufen. Für die Zusammensetzung wird folgender Personenkreis empfohlen: a) Leiter des Straßenverkehrsamtes, b) Chef der Polizei, c) Leiter des Schulamtes, d) Vertreter der Reichsbahn, e) Vertreter der Presse, f) Vertreter der Kraftfahrervereinigung, g) Vertreter des Straßenbauamtes, h) ein Fahrlehrer, der vom Technischen Ueberwachungsverein benannt wird. Gemäß der getroffenen Anordnung ist zu allen Sitzungen ein Offizier der Militärregierung (Public Safety) einzuladen usw." Ich muß sagen, daß auch hier die Landesregierung in einer ganz falschen Auffassung lebt, es scheint tatsächlich, als ob die Herren die Deutsche Gemeindeordnung nicht kennen. Ich bitte um Ihre Stellungnahme. Die Meldung sollte bis zum 1. April 1947 erfolgen.

Ratsherr Bolbrinker: Es ist hier ohne Zweifel so, daß der Verkehrsminister geglaubt hat, daß das, was für den Innenminister recht ist, auch für ihn billig ist. Die Angelegenheit liegt

---

Schule	Lage	Zugehöriger Schulbezirk
Gellershagenschule	Schelpsheide 4	Bisheriger Schulbezirk der Gellershagenschule, außerdem vom Bezirk der Sudbrackschule folgende Straßen: Horstheiderweg, Torfstichweg, Bultkamp, Im Strohsiek, Lindenstr., Sudbrackstr. ab Lange Str. bis Schluß, Lange Str.
Hamfeldschule	Ditfurthstraße 83	Bisheriger Schulbezirk der Hamfeldschule, außerdem vom Bezirk der Stadtheiderschule die Straßen: Adolf-Stöcker-Straße, Stadtheider Str. ab Wichernstr. bis Ende und Engersche Str. ab Brüggemannstraße bis Schildescher Straße.
Stiftsschule	An d. Stiftskirche 13	Bisheriger Schulbezirk der Stiftsschule.
Wellensiekschule	Wellensiek 208	Bisheriger Schulbezirk der Wellensiekschule.
Evangelische Konfessionsschulen.		
Fröbelschule	Fröbelstraße 7	Schulbezirke der Stieghorstschule, Osningschule, Fröbelschule, Diesterwegschule und Rußheiderschule.
Petrischule	Petristraße 58	Schulbezirke der Petrischule, Hellingskampschule, Siekerschule, Bückardtschule und Lutherschule.
Hamfeldschule	Ditfurthstraße 83	Schulbezirke der Stadtheiderschule, Kamphofschule, Sudbrackschule, Hamfeldschule und Stiftsschule.
Gutenbergschule	Gutenbergstraße 19	Schulbezirke der Martinschule, Wittekindschule, Gutenbergschule, Gellershagenschule und Wellensiekschule.
Katholische Konfessionsschulen.		
Klosterschule	Am Klosterplatz 1	Schulbezirke der Martinschule, Wittekindschule, Gutenbergschule, Wellensiekschule, Kamphofschule und Gellershagenschule.
Bückardtschule	Heeper Straße 50	Schulbezirke der Fröbelschule, Diesterwegschule, Bückardtschule, Siekerschule, Petrischule, Lutherschule und Stadtheiderschule.
Overbergschule (Anmeldungen in der Stiftsschule)	Talbrückenstr. 11b	Schulbezirke der Sudbrackschule, Hamfeldschule, Hellingskampschule und Stiftsschule.
Marienschule	Elpke 53	Schulbezirke der Osningschule, Rußheiderschule und Stieghorstschule.

In Zweifelsfällen erteilen die Schulleiter und das städtische Schulamt im Gymnasium nähere Auskunft über die Schulbezirke. **Stadt Bielefeld — Schulamt.**

auf der gleichen Ebene wie der vom Innenminister herangezogene Erlaß. Zu den Dingen habe ich in einem Antrag Stellung genommen und zwar wie folgt: „Der Rat beschließt: 1. Die Landesregierung ist darauf hinzuweisen, daß entsprechend der neuen Gemeindeordnung nur der Rat der Stadt berechtigt und befugt ist, Mitglieder eines Ausschusses vorzuschlagen und zu wählen. Den Vorsitzenden wählt der Ausschuß aus seiner Mitte. 2. Neben dem Leiter des Straßenverkehrsamtes, Chef der Polizei, Leiter des Schulamtes, Vertreter der Reichsbahn, der Presse, der Kraftfahrvereinigung, Vertreter des Straßenbauamtes, sowie einem Fahrlehrer, sind in den Ausschuß Vertreter der Gewerkschaften und des Rates zu wählen. 3. Die Beschlüsse des Ausschusses müssen, da sie mit finanziellen Kosten verbunden sind, vom Rat der Stadt genehmigt werden."

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 11: Wahl eines Dreier-Komitees zur Beratung über Entlassung von Beamten.

Beschluß: Oberkreisdirektor Schütz und Herr Schreck wurden einstimmig gewählt, als Jurist Rechtsanwalt Daltrop mit 20 gegen 11 Stimmen.

Das Entnazifizierungsproblem

Punkt 12: Wahl eines Stellvertreters für den Vorsitzenden des Berufungsausschusses und Nachwahl von Beisitzern für den Berufungsausschuß

Als Beisitzer wurden vorgeschlagen und einstimmig gewählt:

Von Ratsherrin Frau Dr. Steinbiß: Haselhorst, Weiß, Born, Theophil; von Ratsherrn Bolbrinker: Heinr. Horstkötter, Kombrink, Förster, W. Bleimund, Groth; von Ratsherrn Klose: Beutler. Auf Vorschlag des Ratsherrn Landmeyer wurde Rechtsanwalt Klasing zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Berufungsausschusses einstimmig gewählt.

Punkt 13: Vorschlag von Schöffen und Ersatzschöffen für die Spruchkammer in Bielefeld.

Oberbürgermeister Ladebeck: Es ist Ihnen ja alle bekannt, daß in Bielefeld Spruchkammern eingerichtet werden zur Ueberprüfung und Beurteilung der Leute, die zur Zeit noch in den Internierungslägern sich befinden. Für Bielefeld sollen 100 Schöffen und 20 Stellvertreter benannt werden. Wir hatten im Hauptausschuß gebeten, daß die einzelnen Fraktionen Vorschläge machen. Die Damen und Herren dürfen nicht der NSDAP angehört und keine Funktion in einer Gliederung der NSDAP ausgeübt haben. Als Höchstzahl sind für jeden Schöffen monatlich 2 Sitzungen vorgesehen.

Ratsherrin Dr. Steinbiß: Von der Einwohnerschaft wurde verschiedentlich der Einwand gemacht, ob es richtig sei, von uns aus Schöffen zu wählen, ebenso ob es richtig ist, daß sich Richter finden, die in diesen Spruchkammern tätig sein werden. Das Gesetz stammt von den Engländern und es wurde gesagt, ob es nicht richtiger wäre, daß man durch die Engländer das Gesetz ausführen ließe, denn sonst kämen wir in die Lage, unsere Angehörigen selbst zu verurteilen. Ich meine, daß wir nicht als Deutsche gegen Deutsche aufstehen sollten. Ich bitte zu erwägen, ob man nicht grundsätzlich davon Abstand nehmen sollte.

Ratsherr Klose: Die Tatsache, daß ein leider zu großer Teil des deutschen Volkes die Anschauung vertritt, wie Frau Dr. Steinbiß, ist letzten Endes der Kardinalfehler bei unserer gesamten Politik. Ich halte es für gefährlich, zu sagen, wir wählen keine Schöffen, weil wir dann unsere eigenen deutschen Brüder verurteilen müssen. Ich kann verstehen, wenn Frau Dr. Steinbiß in dieser Beziehung gewisse Beschwerden hat, aber letzten Endes sind wir nicht dazu da, um Leute zu schützen, die das gesamte deutsche Volk ins Elend gebracht haben, sondern wir sind dazu da, diese Leute auszurotten; und es würde nach dieser wirtschaftlichen und sozialen Niederlage eine moralische Niederlage des deutschen Volkes bedeuten, wenn das deutsche Volk nicht die Männer und Frauen fände, die die Verantwortung übernehmen, in den Spruchkammern mit diesem Gesindel abzurechnen.

Ratsherr Landmeyer: Ich bin im Gegensatz zu Frau Dr. Steinbiß auch der Auffassung, daß wir uns der Verantwortung, die uns die Engländer auferlegt haben, nicht entziehen können. Wir müssen uns freuen, daß wir auf diese Weise mitwirken können, das Nazigift, das noch im deutschen Volke steckt, möglichst zu bekämpfen. Wir müssen die geeigneten Personen, die die nötige Lebenserfahrung und die nötige Distanz zum Nationalsozialismus besitzen, aussuchen, die in der Lage sind, diese Aufgabe zu erfüllen.

Ratsherr Bolbrinker: Zur grundsätzlichen Seite möchte ich noch folgendes sagen: Nachdem alle Parteien sich bereit erklärt haben, den Wiederaufbau Deutschlands auf demokratischer Grundlage zu vollziehen, haben sie damit auch gewisse Verpflichtungen übernommen. Dazu gehört auch die Säuberung des öffentlichen Lebens und die Entnazifizierung. Wenn die Entnazifizierung unseren Wünschen bisher nicht entsprochen hat, weil sie zum Teil darauf hinausgeht, daß man den „Kleinen" hängt, den „Großen" aber laufen läßt, dann hoffen wir gerade, daß diese eingesetzten Spruchkammern nunmehr auch die „Großen" fassen, d. h. diejenigen, die schon wer weiß wie lange hinter Stacheldraht warten. Es ist ja in allen Prozessen so, daß Deutsche über Deutsche urteilen, auch bei den einfachen Gerichten. Auch in den Spruchkammern soll ein Gerichtsurteil gesprochen werden und das, glaube ich, können wir besser als irgend eine ausländische Macht. Man muß uns nur die Möglichkeit geben, unseren Grundsätzen entsprechend, d. h. wahr, aufrichtig und ehrlich das Entnazifizierungsproblem anzugreifen. Dieser letzte Teil ist aber noch nicht einmal der schwerwiegendste. Die Unterausschüsse, die Entnazifizierungsausschüsse und die Berufungsausschüsse haben, wie ich bereits sagte, über die „Kleinen" zu urteilen. Ich möchte hier grundsätzlich herausstellen: ich halte eine Entnazifizierung nicht für richtig, die sich in soundsovielen Paragraphen ergeht, sondern es muß klar entschieden werden, wer ein Verbrecher ist, soll als Verbrecher behandelt und bestraft werden, und wer es nicht ist, soll ein gerechtes Urteil finden, das wir suchen müssen mit Hilfe derjenigen Menschen, die wir vorzuschlagen gedenken.

Ratsherr Kralemann: Ich finde es für erschwerend, wenn deutsche Menschen sich heute dazu hergeben, die Ausländer zu bitten, über unsere eigenen Verbrecher, die für unsere augenblickliche Lage verantwortlich sind, Gericht zu sitzen. Ich persönlich bedaure es, daß das deutsche Volk nicht so viel Kraft aufgebracht hat, sich selbst von dieser Pest zu befreien. Es ist nun unsere Pflicht, die wirklich Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen. Ich halte es für sehr bedauerlich, daß diese Kreise Fürsprecher finden, die in dieser Art und Weise in öffentlicher Sitzung sich zum Fürsprecher machen.

Ratsherr Bolbrinker: Ich habe festgestellt, daß der Erlaß bereits am 28. 2. 47 bei der Verwaltung eingegangen ist. Ich möchte hierzu folgenden Antrag stellen: 1. „Den Fraktionen wird Mitteilung gemacht, spätestens bis zum 10. 4. 47 die Listen der Schöffen und Hilfsschöffen dem Hauptamt einzureichen. 2. Die Verwaltung wird aufgefordert, in Zukunft derartige Angelegenheiten schneller zu bearbeiten und weiterzuleiten."

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Angelegenheit soll dann dem Hauptausschuß zur weiteren Beschlußfassung übergeben werden.

Punkt 14: Vorschlag für Straßenumbenennungen.

Ratsherr Klose beantragt, diesen Punkt nochmals von der Tagesordnung abzusetzen und den Fraktionen Gelegenheit zu geben, hierüber gemeinsam zu beraten.

Ratsherr Bolbrinker: Ich halte es für erforderlich, daß innerhalb der Fraktionen eine Verständigung herbeigeführt wird und wir dann diese Pläne dem Plenum zuleiten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Beschlagnahme von Wohnräumen

Es folgte nunmehr, nach dem Erscheinen des Beamten des Wohnungsamtes, die Erledigung der

Anfrage der Ratsherrin Dr. Steinbiß,

die vom Hauptwohnungsamt wie folgt beantwortet wurde:

1. Die genannten beschlagnahmten Häuser haben sämtlich eine Räumungsfrist von 14 Tagen, nicht wie irrtümlich von Frau Dr. Steinbiß erklärt, kürzere Räumungstermine. 2. Sofort nach Bekanntwerden der Beschlagnahmungen wurden Verhandlungen mit dem englischen Quartier-Büro aufgenommen, aus denen sich ohne weiteres der Eindruck ergab, daß die Beschlagnahmungen keinesweigs als Reaktion auf den in der letzten Stadtvertreter-Sitzung gestellten Antrag anzusehen ist. 3. Das Wohnungsamt hat am 28. 3. ein Schreiben an das englische Quartier-Büro, sowie eine Durchschrift hiervon dem Gouverneur zugeleitet. Das Schreiben, welches vom Wohnungsausschuß dringend befürwortet wurde, hat folgenden Inhalt:

Betr.: Letzthin beschlagnahmte Häuser.

Das Wohnungsamt macht darauf aufmerksam, daß eine fristgemäße Räumung der in der letzten Woche beschlagnahmten Häuser bzw. Wohnungen nicht gewährleistet werden kann. In den laufenden Besprechungen mit Ihnen sowie in unserem Schreiben vom 8. 3. 1947 ist immer wieder auf die katastrophale Wohnraumlage in Bielefeld hingewiesen worden. Es ist dem Wohnungsamt beim besten Willen nicht möglich, den umzuquartierenden Bewohnern andere Wohnräume zuzuweisen, da die laufende Überprüfung aller Wohnungen in Bielefeld so gut wie abgeschlossen ist und kein neuer Wohnraum anfällt. Diese Mitteilungen sind auch der Militärregierung, Mr. White, bei der Rücksprache betreffs Beschlagnahme der Häuser gemacht worden.

4. Das Wohnungsamt hat sofort eine Vermietungssperre für die Stadt Bielefeld verhängt, um jeden freien Wohnraum den Bewohnern der beschlagnahmten Häuser zuzuweisen.

5. Solange diese Bewohner keine anderen Unterkünfte gefunden haben, können ihre Häuser nicht geräumt werden.

Oberbürgermeister Ladebeck: Die Sachlage ist demnach so, daß die aus den neu beschlagnahmten Häusern herauskommenden Familien nicht untergebracht werden können. Ich halte es für wichtig, daß wir diese Stellungnahme des Wohnungsamtes bestätigen. Wir sind der Meinung, daß die Aufnahme neuer Angehöriger der Besatzungsmacht vorläufig nicht möglich ist, und zwar solange nicht, bis die Unterbringung der Personen gesichert ist, die ihre Häuser für die in den Spruchkammern tätigen Mitglieder räumen mußten. Diese Stellungnahme reichen wir dann an die zuständige englische Dienststelle weiter.

Die Stadtvertretung beschloß danach einstimmig:

„Die Stadtvertretung bestätigt die Stellungnahme des Wohnungsamtes, daß die Aufnahme weiterer Mitglieder der Besatzungsmacht solange zurückzustellen ist, bis die Unterbringung aller Personen gesichert ist, die ihre Häuser zu Gunsten der in den Spruchkammern tätigen Mitglieder räumen müssen und denen nach der Anweisung der Militär-Regierung die Priorität zu geben ist."

Damit war die öffentliche Sitzung gegen 18.30 Uhr beendet. Es folgte eine geheime Beratung.

Für den Inhalt verantwortlich: Pressestelle der Stadtverwaltung Bielefeld. Druck und Vertrieb: J. D. Küster Nachf. in Bielefeld.